

Zitat: "Der Mensch ist unfähig, Wahrheiten zu erkennen, wo er gegenteilige Programmierungen hat."

Konrad Lorenz (1903-1989)

USA • Ein US-Gericht hat den Iran verurteilt, über sechs Milliarden Dollar an die Familien der Opfer von den Terroranschlägen am 11. September 2001 zu zahlen. Ein Bundesrichter in New York erklärte den Iran, die Iranischen Revolutionsgarden sowie die iranische Zentralbank als verantwortlich für den Tod von 1008 Menschen. Demnach soll der Iran den Flugzeugentführern von 9/11 Hilfe und Schulung gewährt haben. **Dies sagte der Richter, obwohl die 9/11 Kommission, die die Ursachen der Terroranschläge von 2001 untersuchte, keine unmittelbaren Beweise für eine Unterstützung des Irans fand.** Dem Gerichtsurteil zufolge soll der Ehepartner eines Opfers 12,5 Millionen Dollar, ein Elternteil und ein Kind 8,5 Millionen Dollar, ein Geschwister 4,25 Millionen Dollar Schadenersatz bekommen. Die gesamte Summe der Entschädigungen übersteigt sechs Milliarden Dollar. Im Herbst 2016 hatte der US-Kongreß das JASTA-Gesetz (Justice Against Sponsors of Terrorism Act) verabschiedet. **Es erlaubt US-Gerichten, ganze Länder für Terrorismus zu verklagen.** Das Urteil gegen den Iran ist Teil eines größeren Streitfalls, den Familien von Opfern der Anschläge vom 11. September 2001 gegen Saudi-Arabien verfolgen.

• In einer Videobotschaft hat der **iranische Außenminister Mohammed Dschawad Sarif** deutlich gemacht, daß sein Land nicht bereit sei, das Nuklearabkommen neu zu verhandeln. **Irans Außenminister zu USA: Wir haben in Jahrhunderten niemanden angegriffen** und die Reichweite unserer Raketen sei viel geringer als die Saudi-Arabiens - **Wie ist eure Bilanz?** Wir geben im Vergleich zu Saudi-Arabien und den Vereinigten Arabischen Emiraten einen Bruchteil für unsere Verteidigung aus. **Elfmal** hat der Überwachungsbeauftragte der Vereinten Nationen (die IAEA) bestätigt, **daß der Iran all seinen Verpflichtungen aus dem Nuklearabkommen nachgekommen ist.** Im Kontrast dazu haben die USA immer wieder das Abkommen verletzt. Besonders



dadurch, daß sie andere schikanierten und davon abhielten, mit dem Iran Geschäfte zu machen.

• **Seit 2001 führen die USA Krieg in Afghanistan.** Damit ist er der am längsten geführte Krieg in der Geschichte des Imperiums. Während von Anfang an behauptet wurde, daß das eigentliche Ziel der Invasion die Sicherheit der USA war, in dem die Taliban und al-Qaida bekämpft werden, kümmerte es Washington nicht, daß zeitgleich dort **die Heroinproduktion massiv angestiegen ist** und zu einer Heroinschwemme 2,5 Millionen Heroinsüchtige allein in den USA geführt hat. Die ehemalige FBI-Mitarbeiterin Sibel Edmond schreibt, daß es vor der US-Invasion Afghanistans 2001 ca. 189.000 Heroinsüchtige in den USA gab. **Im Jahr 2016 ist die Zahl auf inzwischen 4,5 Millionen gestiegen** – 2,5 Millionen Heroinsüchtige und 2 Millionen "Gelegenheitskonsumenten". Auch die Zahl der Herointoten, die aufgrund einer Überdosis starben, hat seit 2002 um 533 Prozent (ca. 2.000 Tote) zugenommen (2016 13.200 Tote). Insgesamt starben laut *US National Institute on Drug Abuse* im Jahr 2016 allein 64.000 Menschen an Drogenmißbrauch. Wollten die USA wirklich etwas gegen diese Zahlen tun, **müßten die immer noch im Land stationierten US-Truppen in Afghanistan mit Flammenwerfern die Opiumfelder zerstören. Statt dessen gibt es aber zahlreiche Belege dafür, daß US-Soldaten die Felder beschützen.** Seitdem die USA Afghanistan besetzt haben, ist die Opiumproduktion dort massiv angestiegen. **So ist das Land inzwischen für 90 Prozent der weltweiten Produktion verantwortlich.** Man sieht, daß die 45 Milliarden US-Dollar Washingtons im Afghanistankrieg "gut angelegtes Geld" sind, **wenn man dafür das Monopol der weltweiten Opiumproduktion erhält.** Millionen Menschen auf der Welt werden vom Imperium mit billigem Heroin ver-



sorgt, so daß **die schwarzen Operationen der USA finanziert werden können.**

- Der **pakistanische Außenminister** Khawaja Muhammad Asif hat die Zusammenarbeit Pakistans mit den USA als großen Fehler bezeichnet. Er erklärte, daß **keine vertrauensvolle Zusammenarbeit mit den USA möglich sei.** Statt Vertrauen und Freundschaft zu bringen, seien die USA nur ein Zweckbündnis eingegangen, um ihre geostrategischen Ziele durchzusetzen, dies zu Lasten Pakistans.

EU • Zensur kommt oft durch die Hintertür und wird als Schutz persönlicher Daten verkauft. **Die DSGVO ist das krasseste Zensurvehikel der Neuzeit.** Das Brüsseler Bürokratie-Ungeheuer ist geschickt eingefädelt: **"Wer gegen die DSGVO ist, ist gegen Datenschutz."** - Und wer will das schon? Unterdessen verdienen sich selbsternannte DSGVO-Experten dumm und dämlich, ganz abgesehen vom **vorgeschriebenen "Datenschutzbeauftragten"**, der jetzt auch für Mini-Firmen und gar Handwerker vorgeschrieben ist. Blogger verabschieden sich massenhaft aus dem Internet aus Angst vor rechtlichen Konsequenzen. **Keiner blickt durch den verordneten EU-100-Seiten Paragraphenschwungel durch.** Alle haben Angst vor angedrohten Brachialstrafen und vor teuren Abmahnungen. Schöne neue Datenschutzwelt, **dank EU, dank Brüssel, dank DSGVO. Hier wurde unter dem Deckmandel "Datenschutz" ein Monster geschaffen, mit dem man alle Kritiker mundtot machen kann. Nur mehr der institutionalisierten Presse ist es gestattet, Bilder oder Berichte über Personen ohne deren Zustimmung zu verbreiten.** Alle anderen Medien müssen für Berichte zu Personen, seien diese sachlicher Art oder geeignet, Hintergründe aufzudecken, **zuvor die Genehmigung dieser Person(en) einholen.** Sehen Sie sich die Informationen unter www.kla.tv/dsgvo an!

- **Finanzen:** Die EZB sei voraussichtlich bald bereit, ihr **Bond-Kaufprogramm im Volumen von 30 Milliarden Euro pro Monat auslaufen** zu lassen und den Schwerpunkt auf mögliche **Zinserhöhungen** zu verlagern. Die **private US-Notenbank FED macht es gerade vor.** Aber dann kommt der **Zusammenbruch jener EU-Staaten, welche die Niedrigzinspolitik der EZB zu ungebremster Verschuldung genutzt haben.** Dann geht es ans Eingemachte! An **Griechenland** haben wir und schon gewöhnt, aber nun kommt **Italien** als drittgrößter Wirtschaftsraum der EU gefolgt von **Spanien** und **Portugal.** Zahlen werden die Steuerzahler der "reichen" EU-Staaten, diese müssen wieder einmal die Banken retten. Nachdem aber alle Staaten ihr Pulver bereits verschossen haben, ohne die Probleme auch nur ansatzweise zu lösen (die Banken spekulieren fröhlich weiter) wird man **auf die Privatvermögen zugreifen = Zwangshypotheken** auf Privatimmobilien, Sondersteuern, totale Kontrolle der Finanzbewegungen der Bürger. Daher soll die **Europäische Einlagensicherung** kommen. Die Sparer werden nicht nur durch Inflation abgezockt, sondern sie haften dann auch mit ihren immer wertloser werdenden Spareinlagen für andere EU-Staaten. Die deutsche EZB-Direktorin Sabine Lautenschläger hat bereits für eine **gemeinsame Einlagensicherung als Abschluß der europäischen Bankenunion** plädiert. Durch den einheitlichen Mechanismus zur Abwicklung maroder Banken sollen die

- Der weltweite Widerstand gegen die aggressive US-Handelspolitik wächst. **Mehrere Staaten haben bei der WTO Sanktionen gegen die USA angemeldet.** Wie die Welthandelsorganisation (WTO) am Dienstag mitteilte, haben nach **der EU, China und Indien nun auch Japan, Rußland und die Türkei Vergeltungszölle angemeldet.** Ob die EU ihren harten Kurs jedoch durchhalten kann ist zweifelhaft, denn **sowohl im Iran-Streit als auch bei Venezuela zeichnet sich ein gemeinsames Vorgehen der EU mit den USA ab.**

Steuerzahler seltener zur Kasse gebeten werden, wenn ein großes Institut ins Straucheln gerät. **Statt dessen müssen Aktionäre, Gläubiger und Sparer die Folgen einer Banken-Pleite schultern.** Und: EZB-Chef Mario Draghi kommt der euroskeptischen Regierung in Italien mit einem Vorschlag entgegen, der **auf eine Vergemeinschaftung der Staatsschulden hinauslaufen wird.** Brüssel hat es eilig: Denn **die neue Regierung in Rom** schafft Maastricht einseitig ab und wird zum Sprengsatz für den Euro. Das Programm: **Erpressung, Schuldenerlaß (250 Mrd. Euro), Flat Tax, Grundeinkommen, Mehrwertsteuer-Streichung, zahlen ... können die Anderen.**

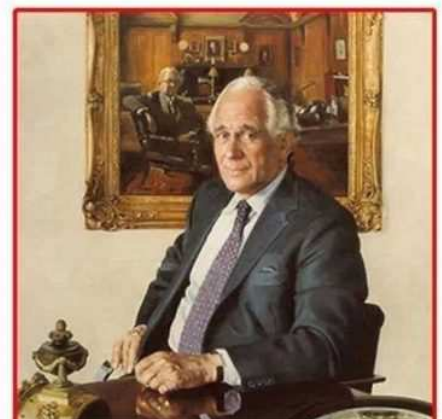
- Die **türkische Lira** stürzt bedrohlich ab und könnte den Euro mit sich reißen. Auch **Argentinien** und **Brasilien** stehen währungstechnisch im Feuer. Fast unbemerkt von der Öffentlichkeit breitet sich ein Währungsabsturz in **Südamerika** aus. Der **argentinische Peso** entwertet sich von Tag zu Tag. Das Land steht mit dem Rücken an der Wand und der Flächenbrand weitet sich bedrohlich aus: Auch der **brasilianische Real** ist zum Abschluß freigegeben und die Währungen anderer Länder in Südamerika geraten bedrohlich ins Wanken. Währungsabwertungen sind tödlich für das Bankensystem – da **Schulden, die oft in Dollar gemacht wurden nicht mehr zurückgezahlt werden können.** Folge: Unternehmenspleiten, Banken bleiben auf den Schulden sitzen - Bankenkrise.

- **Die EU verschärft den Zugriff auf Bargeldbestände, Prepaid-Kreditkarten und Wertgegenstände von Reisenden.** Die Regeln sehen unter anderem vor, daß Behörden bei Verdachtsmomenten schon bei Beträgen unterhalb der Anmeldeschwelle von 10.000 Euro tätig werden können. Zudem sollen Zollkontrollen auf Bargeld in Postpaketen,

auf Prepaid-Kreditkarten sowie auf wertvolle Güter wie Gold ausgeweitet werden.

Bargeld ist bekanntlich die einzige Möglichkeit der Bürger, ihre Ersparnisse vor dem Zugriff des Staates, der Banken und etwaigen Sonderabgaben oder Vermögenssteuern zu

Evelyn de Rothschild



Mit Ausnahme von 3 Ländern ist jede Währungseinheit ein Schuldschein an seine Familie.

Extrem beeindruckend

schützen. Zudem erlaubt es Bargeld, anonym zu bezahlen, ohne daß personenbezogene Daten gesammelt werden.

- Die EU-Regierungen sind sich nach Angaben eines EU-Offiziellen einig, **mit den USA über Flüssiggas (LNG) zu reden**, wenn die Regierung in Washington auf Schutzzölle bei Stahl und Aluminium verzichtet. Die Idee dürfte jedoch nicht einfach durchzusetzen sein: **Russisches Erdgas wird noch auf längere Zeit deutlich billiger sein als Importe mit Schiffen über den Atlantik.** Deutschland will mit der Pipeline Nord Stream 2 die Transporte aus Rußland auf eine technologisch sichere Basis stellen. Bisher war die Route über die Ukraine der einzige Transportweg für russisches Erdgas. Allerdings ist die von der ukrainischen Naftogaz bereitgestellte Infrastruktur veraltet.

- **Die EU erwägt laut Financial Times erstmals, sich von der Weltwährung des US-Dollars zu verabschieden, um europäischen Unternehmen den gefahrlosen Handel mit dem Iran zu ermöglichen.**

Eine entsprechende politische Unterstützung ist für die Unternehmen unverzichtbar. Kein Manager dürfte es wagen, mit dem Iran Geschäfte in Dollar abzuwickeln, weil dies automatisch die US-Strafverfolgungsbehörden auf den Plan rufen würde. **Sobald ein Geschäft nämlich in Dollar abgewickelt wird, kann das FBI weltweit tätig werden und Razzien, Kontensperren und strafrechtliche Maßnahmen einleiten. Rußland will noch einen Schritt weitergehen:**

Deutschland

- Gemäß den **neuen EU-Haushaltsplänen soll Deutschland jährlich zusätzlich bis zu zwölf Milliarden Euro zum EU-Budget beitragen.** EU-Haushaltskommissar Günther Oettinger fügte hinzu, **daß die meisten EU-Mitglieder für eine Erhöhung der Zahlungen bereit seien. Die Niederlande, Österreich, Dänemark und Schweden würden gegen eine Aufstockung auftreten.**

- Nach Worten von Außenminister **Heiko Maas** kann der Staat deutsche Unternehmen, die nach der Kündigung des Atomabkommens durch die USA weiter mit dem Iran Handel treiben, **kaum vor US-Sanktionen schützen.** Der neue US-Botschafter in Deutschland, Richard Grenell, hat den Druck auf die westlichen Verbündeten verstärkt, Sanktionen gegen den Iran zu verhängen. **„Wir erwarten von unseren Freunden und Verbündeten, daß sie uns dabei helfen, den Iran zurück an den Verhandlungstisch zu bringen“**, sagte Grenell. Maas: Deutschland ist machtlos gegen US-Sanktionen.

- Alle privaten Unternehmen quälen sich aktuell mit einer wahnwitzigen Datenschutz-Verordnung. Just in dieser Phase **erhalten die Gebühren-Eintreiber der öffentlich-rechtlichen Sender von den Meldeämtern die Daten aller Bundesbürger.** Die von der **staatlichen Zwangsgebühr mit neun Milliarden Euro jährlich** dotierten Sender genießen im Hinblick auf den Datenschutz eine Sonderstellung. **Die Bürger haben kein Rechtsmittel gegen diesen Daten-Transfer, genauso wenig, wie sie wissen, was mit den Daten nach dem „Abgleich“ geschieht.**

- Empörung im Bundestag: Die AfD stellte einen Antrag, **demzufolge auch Deutsche im eigenen Land vor Hetze geschützt werden sollen.** Der §130 StGB (Volksverhetzung) sollte entsprechend geändert werden.

Rußlands Präsident Wladimir Putin sagte am Mittwoch vor der Staatsduma in Moskau laut Ria Novosti, die Wirtschaft Rußlands sollte vom US-Dollar unabhängig gemacht werden. Putin: „Das ist das Prinzip der ökonomischen Souveränität...**Wir waren früher naiv gewesen. Aber jetzt ist klar, daß Regeln der WTO überall verletzt und Einschränkungen aus politischen Erwägungen heraus eingeführt werden, die man Sanktionen nennt.**“ **„Dabei würden immer neue Sanktionen beschlossen, um sich selbst Konkurrenzvorteile zu verschaffen“**, sagte Putin. Putin schlug auch den direkten Abschied vom Petro-Dollar vor: „Rußland sollte diese Bürde loswerden, weil das Dollar-Monopol unzuverlässig und gefährlich ist.“ **Rußland und China haben in den vergangenen Monaten beschlossen, den gegenseitigen Öl-Handel nicht mehr in Dollar abwickeln zu wollen.**

- Der ungarische Ministerpräsident Viktor Orban fordert die EU auf, Träume von den Vereinigten Staaten von Europa aufzugeben. **Orban: Vereinigte Staaten von Europa sind ein Alptraum.** Er lehnt größere Integrations-schritte in der Europäischen Union strikt ab. Die EU müsse auf den Boden der Realität zurückkehren und die „wahnhaften Alpträume von den Vereinigten Staaten von Europa aufgeben“.

- **Großbritannien** hat der EU mitgeteilt, daß das Land **nicht an der EU-Armee mitwirken werde.** Die Absage der Briten ist ein wichtiger Erfolg für die NATO.

Der Antrag wurde abgelehnt = Hetze gegen Deutsche ist nicht strafbar.

- Die Finanzierung politischer Stiftungen ist das Ergebnis eines Urteils des Bundesverfassungsgerichts (aus den 1960er Jahren), welches **die direkte Parteienfinanzierung verbietet. Also wird indirekt finanziert und Korruption im großen Stil betrieben, wie selbst GRECO, die Anti-Korruptionseinheit des Europarates festgestellt hat.** Von 1990 bis einschließlich 2017 haben die Bundestagsparteien aus CDU, CSU, FDP, SPD, Grünen/Bündnis90 und LINKE **ihre politischen Vereine**, also die Konrad-Adenauer-Stiftung, die Hanns-Seidel-Stiftung, die Friedrich-Naumann-Stiftung, die Friedrich-Ebert-Stiftung, die Heinrich-Böll-Stiftung und die Rosa-Luxemburg-Stiftung mit **sage und schreibe 10.121.115.000 Euro, also mit 10,1 Milliarden Euro** beglückt. Zwischen 1990 und **2017 sind Steuermittel, die in die Taschen der politischen Vereine gelenkt wurden, immer üppiger ausgefallen und von 249.223.000 Euro im Jahr 1990 auf 581.428.000 Euro im Jahr 2017 angestiegen.** Das entspricht einer Steigerungsrate von 133%. **Ein Merkmal von Korruption besteht darin, daß ein Akteur die Preise, die er für seine Leistungen nimmt, selbst und in beliebiger Höhe festlegen kann.** Korruption setzt eine Form von Monopol voraus und in jedem Fall setzt Korruption **fehlende Kontrolle** voraus.

- Wenn es um die Unterbringung von Illegalen geht, ist dem Merkel-Regime nichts zu teuer. Während sich "Fachkräfte" auf ein Schlaraffenland-Leben in Luxushotels, üppigen Neubauten und Einfamilienhäusern freuen können, gibt es immer mehr deutsche Obdachlose. **Allein die Hansestadt Hamburg hat im Jahr 2017 ganze 779 Millionen Euro für die Versorgung von fremden Invasoren locker gemacht, für deutsche**

Bedürftige wurde der Geldhahn hingegen abgedreht. Der Schuldenberg der Hansestadt: **31 Mrd. Euro.** »Unser Land wird sich ändern, und zwar drastisch. Und ich freue mich darauf!« Mit dieser Ankündigung befeuerte die Grünen-Frontfrau Göring-Eckardt 2015 die unkontrollierte und illegale Masseneinwanderung. Das Institut der Wirtschaftsforschung aus Kiel kommt auf eine Gesamtsumme der Flüchtlingskosten von **bis zu 55 Milliarden Euro pro Jahr.** Wenn man zum Vergleich die Etats einzelner Bundesministerien gegenüberstellt, wird das

In Kürze ♦ Das **diesjährige NATO-Manöver** „Trident Juncture“ (dt.: Dreizackiger Verbindungspunkt) unter Beteiligung von **40.000 Militärs**, das für den Herbst geplant ist, soll **die Möglichkeiten der Allianz zur Eindämmung Rußlands** demonstrieren, wie der Kommandeur der Nato-Truppen in Europa, Curtis Scaparrotti mitteilte. ♦ Die USA sind eifrig dabei, einen weiteren Konflikttherd auf der Welt anzufeuern. In Südamerika soll noch mehr Chaos geschürt werden. Eine Zeitbombe hat Washington dafür bereits plaziert: **Venezuela.** Wie aus Venezuela doch noch ein „zweites Syrien“ werden kann. Nach der **Wiederwahl von Nicolas Maduro** zum Präsidenten von Venezuela **haben die USA ihre Sanktionen verschärft.** Venezuelas Außenminister Jorge Arreaza sprach von illegalen Maßnahmen der USA, die „barbarisch“ seien und im Widerspruch zum internationalen Recht stünden, was den USA immer egal war. Hinter den Unruhen und der katastrophalen Lage stehen die USA. Sie wollen an das Erdöl Venezuelas und planen militärische Maßnahmen zur Durchsetzung der Demokratie. ♦ Nachdem **der Europäische Gerichtshof einige Insektizide verboten hatte**, klagte der Chemiekonzern **BASF** gegen das Verbot des Giftes Fipronil. Die EU muß nun **ein Teilverbot des Insektizids Fipronil wieder aufheben**, berichtet der Spiegel. **Das entschied der Europäische Gerichtshof.** BASF klagte, daß die EU-Kommission die Folgen des Insektizid-Einsatzes nicht ausreichend untersucht habe. Daher beurteilte das Gericht die Beschränkung des Insektizid-Einsatzes als nichtig. BASF hatte geklagt, nachdem Fipronil seit 2014 nicht mehr zur Behandlung von Mais- und Sonnenblumen-Saatgut verwendet werden durfte. Die **Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit EFSA war zu dem Schluß gekommen, daß Fipronil ein hohes Risiko für Honigbienen darstelle**, wenn es zur Saatgutbehandlung eingesetzt werde. ♦ In **Athen** geht es los: **Migranten bewaffnen sich und die Straftaten explodieren.** Die Situation droht zu kippen, die Behörden rechnen mit Unruhen. Das Nachrichtenportal Interia Fakty berichtet heute, daß insbesondere in Athen die Lage dramatisch sei. Kriminelle Banden haben sich etabliert und versorgen sich mit Schußwaffen auf dem Schwarzmarkt. **Die griechische Polizei sei mit der ausufernden Gewalt völlig überfordert.** ♦ **Über 31.000 Wissenschaftler unterzeichneten eine**

Ausmaß der Flüchtlingskosten deutlich: Bundesministerium für Verkehr: 27,9 Milliarden, Bildung und Forschung: 17,6 Milliarden sowie Familien, Frauen, Senioren und Jugend: 9,5 Milliarden Euro. Die Etats der drei Bundesministerien ergeben zusammen 55 Milliarden Euro. **Auf jegliche Kritik zu den Folgen ihrer Flüchtlingspolitik reagiert die Kanzlerin aggressiv.** »Ist mir egal, ob ich schuld am Zustrom der Flüchtlinge bin, nun sind sie halt da«, kanzelte Merkel innerparteiliche Kritiker ab.

Petition: Die Hypothese der von Menschen verursachten globalen Erderwärmung ist falsch! Maßnahmen zur Minderung der CO²-Emissionen sind überhaupt nicht erforderlich. **Durch diese sinnlosen Maßnahmen werden die Bürger mit 2-3 Billionen Euro belastet.** Wohin das Geld wohl fließt? ♦ **Der Iran hat vor kurzem angekündigt, den Außenhandel künftig in Euro statt in US-Dollar abzuwickeln. Genau wie der Irak kurz vor der Invasion durch die USA oder Libyen, bevor es von der NATO bombardiert wurde.** ♦ In ihren Bestrebungen, die erste **bargeldlose Gesellschaft Europas** und der Welt zu werden, hat die **schwedische Regierung** die Geldpolitik ihrer Zentralbank in die Schranken gewiesen, berichtet *Bloomberg*. Die Bank hatte den Antrag gestellt, daß in den Geldinstituten Bargeld verfügbar sein muß, da **die von der Regierung eingeführte digitale Krone von vielen Schweden nicht als Zahlungsmittel angenommen wird.** Nach Ansicht von Finanzminister Per Bolund stellt ein Gesetz, welches Banken zur Vorhaltung von Münzen und Scheinen verpflichtet, eine wettbewerbsverzerrende Maßnahme dar. Betroffen wären insbesondere Banken, die ausschließlich online agierten. ♦ Die Supermarktkette Penny hat in einer Filiale im niedersächsischen Langenhagen für einige Stunden **alle Produkte aus den Regalen geräumt, die direkt oder indirekt von der Insektenbestäubung abhängig sind.** Das Ergebnis sollte uns allen zu denken geben: **60 Prozent der insgesamt 2500 Produkte mußten die Mitarbeiter aussortieren.** Die Kunden hatte Penny vor der Aktion, die gemeinsam mit dem Naturschutzbund Deutschland stattfand, nicht informiert. „Wir haben auf den Aha-Effekt gesetzt“, sagte Unternehmenssprecher Andreas Krämer. **„Erschrocken“ äußerte sich der niedersächsische Umweltminister Olaf Lies (SPD) in der fast leer geräumten Penny-Filiale:** „Die Konsequenzen eines ungebremsten Insektensterbens werden uns hier auf deutliche Weise vor Augen geführt.“ Ein Großteil des gesamten Lebensmittelsortiments sei von der Leistung von Bienen und vielen anderen Insektenarten abhängig. Politik und Gesellschaft müßten unverzüglich gegensteuern - etwa, indem **sie saisonale, regionale und vor allem nachhaltige Produkte bevorzugten.**

Sommerwitz: In der Straßenbahn fragt der Fahrgast seinen Nachbarn: „Duschen Sie nach dem Sport?“ „Aber selbstverständlich“ erhält er zur Antwort. „Dann würde ich empfehlen, wieder einmal Sport zu machen!“

